

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“...

Die jüngst erschienene Kompensationsliste über deren Raum kostet 10.- M. ein allethilfiges Preisverzeichnis, kleine Ausgaben: Das vergebene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. ...

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerika will seine Besatzungskosten

Gegen die Pariser Beschlüsse

London, 13. März.

Die „Times“ berichtet aus Washington, die Vereinigten Staaten hätten keinerlei offizielle Mitteilung erhalten, daß die in Betracht kommenden alliierten Regierungen die Absicht hätten, die amerikanische Besatzungsgesetze bei der Verteilung der Reparations-Goldmark zu Reparationszwecken unberücksichtigt zu lassen...

Der Berichterstatter der „Times“ fügt hinzu, die amerikanische Regierung habe nicht die geringste Absicht, ihre, nach ihrer Ansicht ungewissen Rechte in dieser Frage aufzugeben. Wer den Schlüssel für diese amerikanische Politik sucht, müsse die Stellungnahme der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Genuefer Konferenz...

Das Abkommen der Finanzminister

Die Pariser Konferenz der alliierten Finanzminister hat die von Deutschland zu zahlenden Summen für die Besatzungskosten wie folgt festgesetzt: 102 Millionen belgische Franken für Belgien, 2 Millionen Pfund für England, 400 Millionen französische Franken für Frankreich. Die Verteilung der deutschen Sachleistungen im Jahre 1922 wird nach dem Beschluß der Reparationskommission so erfolgen, daß 65 Prozent an Frankreich, 35 Prozent an die anderen Mächte fallen...

Bei den Kohlenlieferungen soll Frankreich nur mit dem deutschen Inlandspreis belastet, Italien die gleichen Vorteile wie Frankreich zugebilligt werden.

Die erste Milliarde wird wie folgt verteilt: 500 Millionen an England zur Deckung eines Teils seiner Besatzungskosten im Jahre 1921, 114 Millionen Goldmark an Frankreich zu dem gleichen Zweck. Der Rest wird zur Deckung der belgischen Priorität bestimmt bis auf eine Summe von 172 Millionen italienischer Papierlire, die Italien zufallen. Wob die Saargruben anbelangt, so wird Frankreich im Jahre 1922 mit 200 Millionen Goldmark belastet.

Auf welche Weise die von Deutschland geforderten Summen flüssig gemacht werden sollen, darüber ist man sich auf der Konferenz noch nicht einig geworden. Ein Plan geht dahin: Wenn die deutsche Anleihe im Ausland von der Reparationskommission zugelassen und tatsächlich abgeschlossen sei, würde man beispielsweise 10 Prozent ihres Ertrages zur Bildung eines Stabilisierungsfonds oder Konsolidierungsfonds für den deutschen Wechselkurs verwenden...

In einer amtlichen Mitteilung von der Konferenz heißt es noch, daß zwar die Verteilung der deutschen Zahlungen ausschließlich zu den Besatzungen der Reparationskommission gehöre. Aber man sei sich darüber klar geworden, daß die alliierten Regierungen so rasch wie möglich bestimmte Lösungen ins Auge fassen müßten, um die Reparationszahlungen

sicherzustellen, sei es durch die Sanierung der deutschen Finanzen und durch eine effektive Kontrolle, sei es durch Aufnahme ausländischer Anleihen durch Deutschland, die durch die Reparationskommission auszuwählen wird...

Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, soll das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt haben, die Vereinigten Staaten würden auf Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Schuld angesehen, die amerikanische Regierung müßte ihre Zustimmung als ein unumwundenes Vorrecht der Alliierten betrachten. So die alliierten Finanzminister der Ansicht sind, daß die Tendenz der amerikanischen Regierung eine neue Auslegung des Versailler Vertrages darstellt...

Sozialistische Kritik an dem Abkommen

Leon Blum schreibt im „Populaire“, die deutschen Zahlungen hätten schon nicht genügt, die Besatzungskosten Belgiens, Englands und Frankreichs zu decken. Wenn die nicht geringen amerikanischen Besatzungskosten noch hinzukämen, die jedermann durch den Ausgleich von Gewinn und Verlust erlebte geglaubt habe, so sei man über daran. Jahre könnten vergehen, bevor das Besatzungskonto gedeckt wäre und die deutschen Zahlungen für ihren eigentlichen Zweck verwendet werden könnten...

Die Krise in den Siegerländern

Ritti über die Lage Italiens.

In Maili (Südtalien) hat der ehemalige Ministerpräsident Ritti eine große Rede gehalten, in der er die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Italiens nach dem Kriege behandelte. Aus einem sehr umfangreichen telegraphischen Bericht über diese Rede geben wir die folgenden, für die wirtschaftliche Krise in den Siegerländern zugehenden tatsächlichen Angaben wieder:

Während und in Verfolg des Krieges hat Italien zu seiner früheren Schuld noch eine neue, außerordentlich hohe auf sich genommen: fast 100 Milliarden Lire. Bis auf 21 Milliarden Lire sind es Auslandsschulden. Dabei hat das italienische Geld nicht einmal den vierten Teil seines nominalen Wertes, so daß die Schuld bei weitem höher ist, als man annimmt. Zu der Staatsschuld treten die privaten Schulden. Zur Zeit hat der Staat für das laufende Rechnungsjahr ein Defizit von 5 Milliarden Lire. Also selbst bei der gegenwärtigen starken Anspannung der Steuerkraft wirtschaftet der Staat mit einem Defizit. Alle Staatsbetriebe, Eisenbahn, Post, Telegraphen- und Fernsprechverwaltung arbeiten mit erheblichem Defizit. Das bedeutet, daß der Staat selbst bei schwerstem Druck auf die Steuerzahler sich ordentliche Einnahmen nur in Höhe von etwa zwei Drittel des Bedarfs hat schaffen können.

Die unermessliche industrielle Krise ist noch vergrößert worden: Viele Industriezweige sind zusammengebrochen, andere arbeiten nur mit verkürzter Betriebszeit. Der größte Teil der Industrie zeigt noch Regsamkeit; wenn aber in der Wirtschaftspolitik kein anderer Kurs eingeschlagen wird, so wird die Krise noch wachsen. Wie dem auch sei, der herrschende Depressionszustand kann sich nicht schnell bessern, und auf die industrielle Krise wird wahrscheinlich eine Agrarkrise folgen. In manchen Gegenden wird der Getreidebau mit Rücksicht auf die Weltmarktpreise, die trotz der hohen Wechselkurse niedriger sind als die italienischen Preise, aufgegeben werden müssen.

Eine europäische Abrüstungskonferenz?

Paris, 12. März.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ erklärt der Washingtoner Korrespondent des Blattes, Präsident Harding hoffe, daß nach der Genuefer Konferenz eine europäische Konferenz für die Abrüstung zu Lande zusammenzutreten werde.

Fünf Jahre russische Revolution.

Von Th. Dan.

117

Wie dem auch sei, wenn auch in barbarischen Formen, so wurden die grundlegenden zerstörenden Aufgaben der Revolution unwiderwärtig gelöst. Aber die unerhörten Qualen des Hungers, der Kälte, der Krankheiten, die die Volksmassen in diesen Jahren erduldeten, zeigten, daß diese Massen selbst den spontanen zerstörenden Charakter ihrer revolutionären Arbeit mit den größten Opfern bezahlt haben. Diese Opfer waren um so schmerzhafter, als die unorganisierte, politisch unkultivierte Masse auf ihren Schultern eine Partei zur Macht erhob, in der sich die größten sozialpolitischen Illusionen mit der größten Skrupellosigkeit in der Auswahl der Mittel vereinigten — die Partei der Bolschewisten. Die Bolschewisten benutzten die chaotischen Volksmassen, um ihre Kulturlosigkeit, ihre politische Unwissenheit, ihre stürmische Gewalttätigkeit in den Dienst ihrer utopischen Pläne zu stellen und mit Hilfe eines blutigen Terrors auf dem gestaltlosen Fundament der Volksmassen das Gebäude ihrer Parteidiktatur zu errichten. Und niemand anderes hat ihnen bei diesem Werk so erfolgreich geholfen wie gerade diejenigen, die durch die Inzenerierung der wehrdadligen Aufstände, der Intervention, der Blockade usw., die um ihre revolutionären Erregungenschaften kämpfenden Volksmassen den Bolschewisten in die Arme trieben. Die utopische Diktatur des Bolschewismus vollendete die Zerstörung der Produktivkräfte Rußlands, die im Kriege begonnen, durch den vernichtenden revolutionären Orkan fortgesetzt und durch die Interventionen und Blockade verschärft wurden. Diese Diktatur war vom geschichtlichen Standpunkt aus revolutionär, soweit sie die oben erwähnten Erregungenschaften der Revolution besetzte und so oder anders den Kampf der Massen um die Aufrechterhaltung dieser Erregungenschaften leitete. Sie war tief reaktionär, soweit sie mit Hilfe des Terrors und der Gewalt den Versuch machte, im Namen utopischer Ziele die immanenten Gesetze der ökonomischen Entwicklung zu überwinden.

Es ist den Bolschewisten nicht gelungen, die „Ökonomie“ zu verwalten. Sie rächte sich durch unbestellte Felder, durch Hungersnot, Krankheiten, Lahmlegung des Verkehrswesens und der Industrie, katastrophale Senkung der Ergiebigkeit der Arbeit. Die Bolschewisten waren selbst genötigt, ihren völligen Bankrott einzugehen und den Versuch zu unternehmen, die Wirtschaftspolitik in neue Bahnen zu lenken, einen Versuch, der bei Aufrechterhaltung des allgemeinen Regimes ohne jeden sichtbaren Erfolg geblieben ist. Der Schaden, den die Jahre der bolschewistischen Parteidiktatur hervorgerufen haben, ist in vielen Beziehungen nicht mehr gut zu machen.

Die Diktatur hat den Bolschewisten, als einer sozialistischen und proletarischen Partei, den stärksten Schlag verfehlt. Eng verbunden mit den arbeitenden Massen bei Beginn der Revolution, hat sich die bolschewistische Partei mehr und mehr von ihnen abgesondert, hat zuerst ohne sie und dann gegen sie zu regieren angefangen. Zudem die Diktatur, bei völligem Mangel der öffentlichen Kritik und Kontrolle, die staatlichen Einrichtungen und die Armee schuf, rief sie einen mächtigen bürokratischen und militärischen Apparat ins Leben, dem zwar die alten zaristischen und feudalen Traditionen fremd sind, der aber auch weder von sozialistischem noch von demokratischem Geist erfüllt ist, und der sich gleichzeitig als Ferr über die Geschichte des Landes dünkt. Unfähig, ökonomische Widersprüche zu bewältigen; hat die bolschewistische Diktatur unter ihren Fittichen eine neue Bourgeoisie großgezogen, die zwar wenig gemeinsames hat mit der schwächlichen, feigen, rückständigen Bourgeoisie der vorrevolutionären Zeit, die aber mit ihrer Raubgier, Skrupellosigkeit und Unternehmungslust alle Poren der bürokratischen Maschine durchdringt.

Das ist die Lage an dem einen Pol. An dem anderen sehen wir eine Bauernschaft, die in ihrer Masse hungert und nur eine unbedeutende Schicht neuer Reicher aus ihren Reihen hervorgebracht hat, eine Bauernschaft, die von Bitterkeit und Haß erfüllt ist gegen die Stadt, gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiterklasse. Wir sehen ferner eine Arbeiterklasse, die zahlenmäßig reduziert, körperlich heruntergekommen, moralisch niedergedrückt ist, dank dem Zusammenbruch ihrer Illusionen und dem Verlust ihrer Organisationen. Alles dies auf dem Hintergrunde des völligen Mangels der elementarsten politischen Freiheit.

Das sind die Kräfte, die die vierzehnjährige Periode der russischen Revolution hinzugefügt haben.

*) Siehe auch Nummer 121 der „Freiheit“.

Im fünften Jahrestage der Märzrevolution steht Rußland am Scheidewege. Die zersplitterten Aufgaben der Revolution sind endgültig und unwiderruflich verwirklicht. Die zaristisch-feudale Reaktion ist zerfallen; die Möglichkeit einer neuen bewaffneten Intervention ist minimal; die wirtschaftliche Abgeschlossenheit Rußlands wird allmählich überwunden. Auf der Tagesordnung steht nun die Frage, welches Gebäude auf dem durch den revolutionären Orkan gesäuberten Boden errichtet werden wird. Werden alle Früchte der Revolution an sich gerissen werden von der neuen millitärischen und zivilen Bürokratie, der neuen Bourgeoisie, der reaktionären Schicht der reichen Bauern und dem hinter allen diesen Schichten stehenden ausländischen Kapital? Oder wird es den arbeitenden Massen, der Kleinbauernschaft und dem Proletariat, gelingen, auch bei der Wiedergeburt des neuen Kapitalismus diesen ihrer Kontrolle zu unterwerfen, ihren Wohlstand zu vermindern und sich jene Waffen zu schmieden, die notwendig sind im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lage und ihre volle soziale Befreiung?

Das letztere ist unmöglich ohne umfassendste politische Freiheit, ohne Demokratisierung der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Die kommunistische Parteidiktatur, die bereits ihre Unsicherheit erwiesen hat, die Produktivkräfte des Landes wieder herzustellen und zu fördern, ist noch weniger möglich, die Interessen der arbeitenden Massen in der neuen schöpferischen Periode der Revolution sicherzustellen. Keine, auch die wohlmeinendste Diktatur, vermag das zu vollbringen, was allein die freie organisierte Selbsttätigkeit der Massen zu schaffen vermag. Noch weniger vermag das die entartete und von inneren Gegensätzen erfüllte Diktatur der Bolschewisten.

Die demokratische Liquidation der bolschewistischen Periode der russischen Revolution wird für die arbeitenden Massen, vor allen Dingen für die Arbeiterklasse, zu einer Lebensfrage. Sie wird zur wichtigsten Tagesaufgabe, die die revolutionäre Entwicklung der verflochtenen fünf Jahre hinterlassen hat.

Unnötige Sorgen

Unsere Leser werden sich erinnern, daß vor einigen Wochen die Berliner Parteioptionen der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihr Organ „Die Freiheit“ mit dem Verkauf des Gebäudes in der Breitenstraße und der „Berliner Drucker“ an die Reichsbank in Verbindung gebracht, und daß bei dieser Gelegenheit behauptet wurde, unsere Partei habe damit ein Kellengeschäft gemacht. Wir wiesen damals schon darauf hin, daß weder die „Freiheit“ noch die Unabhängigen Sozialdemokratie mit diesen geschäftlichen Vorhaben etwas zu tun haben; unser Blatt wird von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ herausgegeben, zu der Berliner Druckerstand es lediglich in vertraglichen Beziehungen.

Die „Berliner Montagpost“ betrachtet heute die Sache von einer anderen Seite. Jetzt ist von Millionenvermögen keine Rede mehr; dafür behauptet das Blatt, die „Freiheit“ befände sich „in Nöten“, wir seien in einer besonders schlimmen Lage, und das Gerücht gehe, daß die „Freiheit“ demnächst nur noch einmal täglich erscheinen soll. Von alledem ist sozial richtig, daß infolge des Wechsels der Druckerel einige technische Schwierigkeiten entstanden sind, die in aller Eile behoben sein dürften. Das etwaige einmalige Erscheinen der Zeitung ist lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage, die andere Blätter genau so beschäftigt, wie unser Unternehmen.

Im Uebrigen ist es kennzeichnend für die Kurzsichtigkeit der Redakteure des Blattes, wenn sie sich über die Schwierigkeiten lustig machen, mit denen die Herausgabe des Organs der Unabhängigen Sozialdemokratie verbunden ist. Sie können sonst nicht genug darüber jammern, welche Opfer die Presse jetzt bringen müssen, um überhaupt erscheinen zu können. Und sie selbst bringen regelmäßig Mitteilungen aus dem Reich, die über immer neue Stilllegungen von Zeitungen berichten. Daß die „Freiheit“ unter diesen Schwierigkeiten besonders schwer zu leiden hat, ist weder eine Schande für uns, noch für unsere Partei. Wir sind eben kein kapitalistisches Unter-

nehmen, und die Quellen, die der Weltpresse, den Stimmblättern und ähnlichen Organen fließen, bleiben uns selbstverständlich verschlossen. Aber die Sorge um uns ist ganz unnötig; wir haben die Gewißheit, daß die Arbeiterschaft der „Freiheit“ die Treue halten wird, auch wenn die eventuelle Situation es nicht gestattet, alle ihre Wünsche zu befriedigen.

Der Getreidewucher

„Lodspigel“ als Retter in der Not. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß in verschiedenen Städten Deutschlands Getreidekäufer herumsaßen und für das Brotgetreide der neuen Ernte Angebote bis zu 1000 Mark und darüber für den Doppelzentner machten. Das Brot der neuen Ernte würde unter Agrarbesetzung dieser Preise auf mindestens 50 bis 60 M. zu stehen kommen. Den interessierten Kreisen, und zwar sowohl dem Großhandel als auch dem Agrarierum war diese Nachricht sichtlich unangenehm. Es wurde versucht, ihre Richtigkeit zu bestreiten, jedoch liefen weitere Nachrichten über die Richtigkeit dieser unerhörten Angebote ein. Das Hauptorgan der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, veröffentlichte jetzt einen Aufruf, in dem behauptet wird, die herumreisenden Getreidekäufer, die derartig hohe Preise bieten, seien — Lodspigel! Sie müßten allem Anschein nach von einer Stelle aus ins Land geschickt, die die Absicht habe, die Landwirte zu verleumdern, damit es dann möglich sei, auch für die neue Ernte wieder das Umlageverfahren anzuwenden.

Wenn die Getreidekäufer, die die hohen Angebote gemacht haben, tatsächlich Lodspigel sein sollten, so stehen diese sicherlich nicht im Dienste der Reaktion, sondern im Dienste des Agrarierums. Gerade die Tatsache, daß die Agrarier die Beseitigung des Umlageverfahrens für die neue Ernte fordern, eröffnet Aussichten für einen wirtschaftlichen Preis von noch nicht dagewesener Höhe. Unmöglich ist es deshalb, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, die Landwirte würden auf derartig hohe Angebote überhaupt nicht eingehen. Entspricht es doch dem Wesen des deutschen Agrariers, auch den schamlosesten Preis zu fordern, solange das mitzubehaltende Risiko ausschließlich auf die einheimischen Produkte angewiesen ist.

Die Entrüstung der Agrarier ist deshalb eitel Heuchelei. Sie wollen lediglich Verhütung schaffen, um dann den Strich um den Hals des Konsumenten um so fester anzusetzen zu können. Genau so, wie sie es jetzt heuchlerisch von sich weisen, Preise bis zu 1000 Mark für den Doppelzentner Getreide zu nehmen, so haben sie sich im vorigen Jahr auch entsetzt, als behauptet wurde, für den Rentner Kartoffeln werde bis zu 100 M. bezahlt. Jetzt ist, in der Hauptsache wegen der künstlichen Zurückhaltung durch die Agrarier, der Preis für Kartoffeln bis zu 300 M. pro Zentner im Einzelhandel gestiegen. Die Agrarier heimten dabei den Börsenanteil ein. So und nicht anders wird es mit dem Brotgetreide der Fall, wenn das Umlageverfahren, dem Wunsch der Agrarier gemäß, bei der neuen Ernte in Wesfall kommen sollte. Die Tatsachen werden diese Behauptung sehr schnell rechtfertigen.

Am den Achttundentag

Nach einer Mitteilung des Internationalen Arbeitsamts führte von den auf der Tagesordnung der Pariser Schiffsahrtskommission stehenden Fragen vor allem der Achttundentag in der Seeschifffahrt zu lebhaften Debatten, da wieder die Arbeiterkonferenz von Genoa, nach direkte Verhandlungen zwischen dem Internationalen Seefahrerverband und dem Internationalen Reederverband, nach die von Albert Thomas in Brüssel geleitete Konferenz von Vertretern beider Verbände ein Ergebnis erzielte. Aber auch in der Kommission verharren beide Teile auf ihrem Standpunkt, ohne daß jedoch die Verhandlungen abgebrochen wurden; vielmehr sollen nach erneuter Prüfung durch das Arbeitsamt innerhalb der Kommission die Verhandlungen über eine Anwendung des 8-Stundentages auf die Schifffahrt fortgesetzt werden.

Und wie dramatisch das Werk ist. Es ist ein dauerndes Geschehen, das sich nie im Selbst im Geschehen löst. Die Ratten kommen immer neue Menschen aus diesem unerschöpflichen Haus heraus und verschwinden wieder.

Dieser merkwürdige dramatische Mechanismus kann natürlich nicht allein durch Naturalismus dargestellt werden. Fehlt traf den Stil genau. Er gab den Gestalten eine plastische Nuance, und dem Ganzen bei aller Komplexität doch etwas von der stabileren Unauflöslichkeit, die mit als die Korde Hauptmomente schlechthin erscheint. Von den 18 Rollen der Ratten hatte jede ein prägnantes Profil. Selbst die provinzielle Unauflöslichkeit von Ratten Kallmann wurde durch ein häusliches Gefühl zu einer Art Regieabsicht erläutert. Ratten Kallmann und die Feldmex, sonst beruht nur Darstellung einander Menschen aus der schwebenden Welt, geben das Mauerpaar John mit breiter Volksähnlichkeit. Die Feldmex war zudem die erste richtige Frau John. Weder der Feldmex noch der Ratten war ihre Unfruchtbarkeit zu stehen. Ein bitterer Zug überzog die Schmeiner um den Mund schobte diesem die Sehnsucht und den Wahnsinn der Frau und machte beides doppelt schmerzhaft. Ihre großen Ausdrücke gingen über alles hinaus, was von ihrer Kunst zu erwarten war. So sah sie hervorragend einen gelblichen Kern. Deswegen ein gebrochenes Erbe. Die zweite große Ueberrückung war Max in Die Ratten. Wie sie auf die Bühne schob und mit verdrehten schwebenden Augen eine Morphinistin aus dem Café Voltaire blinzelte. Nicht unmerklich. Kallmann war nun prächtiger Regisseur. Alle die Ratten war er nicht leicht zu stellen. So wie Menschen leichter zu stellen war. Fast in allen Rollen gab es Interaktionen. A. B. der wie ein blutiges Poch aufsteigende Mund des Mauerbruders Helms Hilbert. Die Frau Ratten war von Bill Schönborn war wie eine Enkelin aus dem Traumwelt. Dora Gerson, ein schmerzliches Mädel von 14 Jahren, wie aus einem Kessel des Schreckens, der sie heranzog. Die Mannheim spielte das natürliche Traumbild der Mauerstadt mit portretlicher Mannschafflichkeit. Er sah sie schmerzhaft und krumm, mit ganz vererrten Pfoten im ersten Akt auf der Bühne, und schob und sehr schön spielte sie in den folgenden die junge Mutter. Ihre Gestalt unterhielt sie besonders wie überhaupt das Komische mit erhöhter Sorgfalt behandelt und zu einem Teil des Schauspielerischen gemacht werden war. Die olmblichen Mädel und Kallmann, bis zur stillen Gemüthslosigkeit von Kallmann, wickeln geradezu mit und machen die einzelnen Charaktere erst aus. So fand auch das Mädel (Hans Strachan) im richtigen Maß zur Schauspielerkunst, und man verließ das Theater mit dem Bewußtsein, daß der Ratten immer Sunwille der Arbeiterschaft die Mauerstadt war, wenn es für die erste Zeit diesem Jahr von ihr nicht mehr aufsteht. Die Ratten des Theaters war kein vor dem Ansturm der Arbeiter der herrschenden Klasse.

Felix Sabinow.

Russische Kleinkunstbühnen. Wanja Wanja. — Der blaue Vogel. Am Donnerstag hatte die Direktion der neu eröffneten russischen Kleinkunstbühne „Wanja Wanja“ (Stehaufmännchen) am Kurfürstendamm zur Generalprobe ihrer ersten Premiere geladen. Kurz vorher hatte der „Blaue Vogel“ in der Goltstraße keine weite Premiere abgehalten. Zwei russische Kleinkunstbühnen zu gleicher Zeit. Beide, wenn auch in mancher Hinsicht stark voneinander abweichend, so doch erfüllt von ernstem Streben zur Kunst, beide interessant als kulturelle und künstlerische Neuererscheinungen in dem von Ratten bevölkerten Berlin.

Es trifft nicht zu, daß die beiden russischen Kleinkunstbühnen hauptsächlich auf den Besuch der zahlreichen russischen Kolonie zu rechnen sind. Sie wollen vielmehr auch dem deutschen Publikum etwas Neues, Eigenartiges bieten. Sie kultivieren eine Kunst, die in vielen Beziehungen höher steht als die der hier üblichen Kabarett, das ohne Noten und Ausdrucksformen nicht auskommen zu können. Bei den Ratten macht man sich die Aufgabe, daß es eine feine Kunst, einen Krobinn, eine Tinnestunde gibt, die in keiner Beziehung zu der künstlichen Aufregung der Sinnlichkeit steht.

Die künstlerischen Leistungen der beiden russischen Kleinkunstbühnen sind nicht gleichwertig. Im „Blauen Vogel“ ist der Gesamtindruck abgerundet, einheitlich, frei von jeder Tendenz. „Wanja Wanja“ hat diese Linie noch nicht gefunden. Neben ersten Leistungen enthält das Programm einige recht oberflächliche Kompositionen an die kitschige Sentimentalität jener Kreise der russischen Emigrantenwelt, die hauptsächlich auf die Wiederkehr der „guten, alten Zeit“, also des Zarentums, warten.

A. S.

Am Vore. Der Senker schritt zum Gehen und die Menge sprach schlechte Worte über ihn. Sie verachtete ihn. Es schien ihr etwas von überheblicher Gemalt und Unrecht an der Gestalt des Senkers zu hängen. Sie fühlte es dunkel. Hinter dem Senker schritt in leiser, schwarzer Mädel mit hochbrauner und roter der Mädel. Und die Menge trat ehrfürchtig zur Seite und verneigte sich vor ihm. Sie glaubte die himmlische Gerechtigkeit in menschlicher Gestalt vor sich hinwandelnd zu sehen.

Da aber tat der Senker den Mund auf und sagte zur Menge: „Warum verachtet ihr mich?“ „Weiß du nicht?“ schrie ihm die Menge zu. „Weiß du nicht?“ „Ich will nicht nur den Spruch des Richters, der da hinter mir geht!“ antwortete der Senker. „Darum, wenn ihr wen verachtet, wollt — verachtet den Richter!“

Der Richter aber sagte effa: „Weiß ihr nicht mich verachten? Mich? Peinliche des Gelechts nicht — ich könnte nie den Todestrich freudlich verachtet darum des Gelechts, nicht nicht!“

Das Gelechts aber sagte der Menge: „Sollt ihr nicht verachten, daß ich gemacht werde, so wäre ich nicht da! Daher verachtet euch selbst!“

Da geriet sich die Menge. Rag Haneh

Unternehmer gegen die gleitende Lohnskala

Der große Ausschuss der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage der gleitenden Lohnskala beschäftigt und ist zur Ablehnung ihrer Verwendung für ein allgemeines Entlohnungssystem gekommen. In der Begründung dieser Stellungnahme heißt es u. a.:

„Die Lohnhöhe kann sich nicht wesentlich nach den Lebenshaltungskosten richten, sondern ist in besonderer Weise von der Leistung des einzelnen Arbeiters, der Art seiner Arbeit, den Verhältnissen des Unternehmens und der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig. Ist es schon danach grundsätzlich falsch, die Lohnhöhe lediglich auf einen Lebenshaltungsindex abzustellen, so birgt das System einer solchen Lohnskala außerdem die große Gefahr in sich, daß es bei einem Tarifuntergang des Arbeiters kein Streben nach höherer Entlohnung verringert oder gar beseitigt und damit die Arbeitsmoral und die Arbeitseistung ungünstig beeinflusst. Es würde sich auch gar nicht vermeiden lassen, daß auf einmal eintretende Lohnschüchungen eine ungünstige Einwirkung auf die Preisgestaltung der gesamten Lebensbedürfnisse haben, da sie zu einer ebenso automatischen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung führen und so wiederum Anlaß zu neuen Lohnsteigerungen geben. Neben diesen sozialen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der gleitenden Lohnskala tritt das weitere Bedenken, daß ein fester, von künftigen Entwicklungen unabhängig bleibender Ausgangspunkt für die zeitliche Gestaltung der gleitenden Löhne fehlt, und daß sich kaum ein verbindliche und praktisch brauchbare Indexzahlen, auf welcher Grundlage man sie auch errechnen mag, werden finden lassen. Daher ist eine Durchführung der gleitenden Lohnskala unter ausreichender Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, sozialen, betrieblichen oder persönlichen Verhältnisse nicht möglich.“

Angelung eines Zwischenfalles

Die Note der deutschen Regierung an die Interalliierte Kommission in Opren in Sachen des ermordeten Gleiwitzer Wachtmeisters Rösenberg ist, wie die „F.F.N.“ nun zuständiger Stelle erfahren, von der interalliierten Kommission und ebenso vom Vorkommandant, dem die Angelegenheit auch unterbreitet wurde, in abnehmendem Sinne beantwortet worden. Interalliierte Kommission und Vorkommandant haben sich auf den rein formalen Rechtsstandpunkt gestellt, daß die Interalliierte Kommission allein verantwortlich sei für die Erledigung dieses Zwischenfalles, die der Zuständigkeit des Reiches nicht unterliege. Es seien bereits Vorbereitungen getroffen, um eine Entschädigung an die Hinterbliebenen des Wachtmeisters zur Auszahlung zu bringen.

Solange Oberstleuten noch von der Interalliierten Kommission befehligt ist, hat allerdings diese Behörde für Ordnung zu sorgen und jedes Verbrechen, von welcher Seite es auch verübt werden mag, zu sühnen.

Die Kammerwahlen in Rumänien

Wie die Regierung gesiegt hat.

Nach dem bisher bekannt gewordenen Ergebnis der Kammerwahlen sind 260 Anhänger der Regierung und 97 oppositionelle Kandidaten erwählt worden. Von den notwendig gewordenen Stichwahlen sind 6 für die liberale Partei aussichtsreich, die über mehr als zwei Drittel der Kammerstimme verfügen wird. Somit erscheint die Annahme der neuen Verfassung gesichert. — Die neue Kammer wird sich am 27. März in einer kurzen Tagung vereinen, um über einige dringende Vorschläge, darunter das einstweilige Budget und das Statut für die Donauschiffahrt, zu beraten. Außerdem werden Ausschüsse gewählt werden, um die Arbeiten der Kammer vorzubereiten, die erst im Herbst aufgenommen werden sollen.

Unter den Gewählten befindet sich auch Ministerpräsident Protopopu (Liberal). Die Konservativen und die Kommunisten erhielten kein einziges Mandat. In Czernowiz wurde der Sozialdemokrat Piltiner gewählt.

Die Regierungspartei hat ihren angeblichen Sieg lediglich einem Wahlsieg zu verdanken, daß auf ihre Interessen zugeschnitten war und die anderen Parteien unerhört benachteiligte. Dazu kam ein unglaublicher Terror gegen jeden, der mit der Regierung nicht einverstanden war. Wenn das rumänische Volk seine Meinung wirklich unbeeinflusst hätte äußern können, so wäre die Regierungsherrschaft der sogenannten Liberalen wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Die Ratten.

Theater am Bülowplatz.

Auch mit Hauptmanns Berliner Trauikomödie „Die Ratten“ hat die Volkshöhne ihre neue Stellung unter den Berliner Theatern, nämlich die erste, behauptet. Es war wieder ein starker Abend, wie er niemals in einer Kollertischen Goltspielbar mit den größten Sternen erzielt werden kann. So ein Eindruck kommt nicht vom Glück und der Darstellung allein, sondern von der organischen Kraft, die sich die Volkshöhne in diesem musterartigen Spieljahr erworben hat.

Hauptmanns „Ratten“ stellt die Welt einer Mietshöhne dar, mit der Hinterwelt des Lebens unter dem wilhelminischen Kaiserreich.

Ein Dramaturg alten Stiles würde feststellen, daß Hauptmann a) eine tragische Haupthandlung, die Kindesunterdrückung der Frau Maurerpolster John mit b) der humoristischen Einlage des Theaterdirektors Fassentruer verbunden habe. Während am Ende Fassentruer wieder Theaterdirektor von Strachburg geworden ist, hat sich Frau John aufs Strachburgsicher gemerkt. Und es wäre nun zu untersuchen, ob die Handlungen a und b gut verbunden sind, oder ob nicht etwa die eine die andere stellenweise „zurückdrängt“.

Von zwei Handlungen ist tatsächlich nicht die Rede. Was wie zwei Dramenhälften aussieht, ist ein Ganzes. Das Leben in einem Stadthaus des Armenviertels, das zum Sinnbild einer ganzen Stadt, einer ganzen Gesellschaft wird.

Hauptmann zeigt uns dieses Haus von der Portiersloge bis zum Dachboden. Er hebt heraus eine Wand von der Mietshöhne ab, und läßt uns in die offenen Stellen hineinschauen. Das ganze Gemäuer ist durchwühlte von Ratten, die überall durchkommen, und wie ein Rattendurchcheinender ist das Menschenleben in dieser Mietshöhne.

Zwei Schichten sehen wir. Eine Schicht von Reichsinnmenschen, denen alles gut geht, eine Schicht von Entbehrenden, denen alles schlecht ausgeht. Die einen die Bourgeois, die nichts ganz ernst nehmen, machen ihr Glück und Meinen wie Vögel in ein besseres Land davon. Die anderen, die Protesten, gehen zugrunde: im Zuschauhaus, zerquetsert auf dem Pflaster, verkommen im Bouillonkeller.

Das Starke in diesem Werk ist nicht die Reichsinnmenschen, sondern die Leidenswelt. Wie immer liegt Hauptmanns Größe nicht in der Wiedergabe eines geistlich hohen Lebens, sondern eines Urtriebes, und ein Urtrieb ist bei Frau John der Wahnsinn der Mutterkath, der keine Kinder mehr beschieden sind. Diese Schreie, diese Verwünschung, dieser Verberogung von Sehnsucht zum Verbrechen, von Liebe zum Haß, ist ganz gewaltig dargestellt. Strachburgs Tod die Ratten und das Gehirn der Ratten bloß, bei Hauptmann glaubt man, ihre Gewerbe in der Hand zu halten. So sagt man, der Dichter steckt in den Seelen der Menschen. Bei Frau John ist es, als ob ihr die Gebärmutter aus dem Leibe gerissen würde.

weiter der menschlichen Missetat sozialistischer Anschauung hin zu führen.

Den Beschlüssen von rechts war diese Resolution äußerst unangenehm. Sie glaubten sich spirituell hinter die Kommissarischen zu müssen, diese hätte die beiden Oberinnen in Vorklage gebracht.

Der Ausschuss beschloß mit Mehrheit heute die anwesenden „angehenden“ Vertreterinnen der Schwestern nicht zu hören. Sollte sich im Laufe der Verhandlungen die Notwendigkeit herausstellen Vertreter der Schwesternschaft zu hören, dann sollen alle Teile geladen werden. Ein Antrag Pattloch (S.D.) Dr. Wenig und Prof. Dr. Meyer zu beauftragen, den anwesenden Schwestern den Beschluß mitzuteilen wurde angenommen.

Dann verhandelte man über die Erstellung der Erlaubnis zur Vornahme privater Untersuchungen unter Benutzung von Einrichtungen und Hilfsmitteln in den städtischen Krankenhäusern. Eine längere Debatte ergab die Unzufriedenheit über die Vorlage des Magistrats.

Mit großer Mehrheit wurde folgender Antrag angenommen: „Unter Abkehrung der Magistratsvorlage ist der Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage unter Zurunderlassung folgender Grundsätze auszuarbeiten. 1. In erster Linie ist jede private Tätigkeit von den städtischen Anstalten auszuschließen. 2. Soweit es im öffentlichen Interesse nicht ansonst erscheint, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der Anfall der jeweiligen Selbstkosten voll erstattet, und daß dem Privatverkehre von den Kosten usw. nur angemessene, kontrollierbare Zuschläge zur Last gelegt werden.“ Die Vorlage soll voraussichtlich in der nächsten Sitzung erledigt werden.

Lehrer und einmalige Einschulung.

Die U.S.P.-Lehrer nahmen in ihrer letzten Sitzung Stellung zur Frage der Einführung der einmaligen Einschulung in Berlin. Sie waren sich einig in der Verurteilung dieser geplanten Maßnahme und faßten einstimmig folgenden Beschluß: Die U.S.P.-Lehrer sind entschlossene Gegner der einmaligen Einschulung. Sie fordern daher die U.S.P.-Einzelverordneten auf, für Beibehaltung der zweimaligen Einschulung zu stimmen. Denn die einmalige Einschulung bedeutet eine schwere Schädigung des reich geerbten Berliner Schulwesens. Die zweimalige Einschulung ist ein Vorteil für die Kinder.

Ein Kulturgürtel um Berlin

Die Schaffung eines Kulturgürtels um Groß-Berlin war Gegenstand einer Versammlung, die am Freitag, den 10. März 1922 auf Anregung des Ministeriums für Volkswohlfahrt zwischen Vertretern der Stadt Berlin und den an dieser Frage interessierten Kreis- und Staatsbehörden stattfand. In Anerkennung, daß es für Berlin, welches durch eine ungewöhnlich große Zahl von Arbeitslosen besonders stark bedrängt wird, notwendig ist, in großzügiger Weise Arbeit zu beschaffen, hat der Berliner Magistrat das Landesarbeitsamt Berlin beauftragt, außer den in der Provinz bereits im Gange befindlichen Meliorationsarbeiten, für deren Förderung ein besonderer Meliorationsausschuß besteht, auf die Schaffung eines Kulturgürtels um Groß-Berlin erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten.

Es handelt sich darum, die in unmittelbarer Nähe von Berlin noch im Bereich der Forstbahnen liegenden und angedeuten Oedländerien zu kultivieren, um dadurch die Versorgung der Großstadt mit landwirtschaftlichen Produkten zu erhöhen. Diekmann von der weitestgehenden Unterstützung leitens aller hierüber in Betracht kommenden Stellen zu sichern, war die Aufgabe der oben erwähnten Versammlung, welche erörterte, daß den privaten Besitzern, in deren Händen sich diese Ländereien hauptsächlich befinden, für die Beschäftigung von Arbeitern bei der Urbarmachung des Bodens sehr beträchtliche Zuschüsse aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln gewährt werden können. Es soll daher unverzüglich mit der Aufstellung eines Kulturplanes begonnen und alle ausführungsreifen Projekte mit allen Mitteln gefördert werden.

Nähere Auskunft erteilt Interessierten das Landesarbeitsamt der Stadt Berlin, Abteilung Arbeitsbeschaffung, Breitestr. 35, Zimmer 28.

Alteieranstaltlicher und Kleiderbeschmüger. Große Verwirrung ruft seit einiger Zeit ähnlich wie in Paris der Pelzbeschmüger, in Berlin das Treiben zweier pervertierender Menschen hervor, von denen der eine Damenkleider planmäßig beschmüht, während der andere sie aufschlägt oder ganze Stücke herausschneidet. Der Beschmüger ist jetzt endlich durch die Entschlossenheit einer Dame unschädlich gemacht worden. Er benutzte, um seiner pervertierten Neigung zu fröhnen, zwei Mittel, Mehl und flüssige Leberschokolade. Beide Schmutzmittel führte er ständig bei sich. In einer Tafel eine Rute mit Mehl, in der anderen eine Flasche mit Schokolade. Gestern hatte er es in einem Augenblick nach Lichterfelde auf ein Mädchen abgesehen, das er im Nebenabteil allein sitzen sah. Weil es einen hellen Hut und Mantel trug, so griff er zu seiner schwarzen Tinte und ließ sie über die Trennungswand hinweg hinunterträufeln. Das Mädchen merkte bald das Benehmen und ließ ihn auf der nächsten Haltestelle festnehmen. Er entpuppte sich als ein Uhrmacher Adolf Zahn, ein alter Sinder auf diesem Gebiete. Noch nicht erwischt in der Aufsichtlicher, der besonders in der Zentralmarkthalle bei den Auktionen an den Großhändlerständen auftritt. Er hat dort schon Frauen Mäntel und Kleider von oben bis unten aufgeschlichtet oder auch ganze Stücke herausgeschneitten. Zuletzt hat er sich auf der Straßenbahn bemerkbar gemacht. Auf der Strecke vom Moritzplatz bis zum Rosenfelder Tor schlichtete er einer Dame den Rock auf, ohne daß jemand etwas merkte.

Vier Knaben bei Explosion eines Sprengkörpers verletzt. Gestern nachmittags gegen 6 Uhr spielten der 10jährige Heinz Groopert, der 10jährige Heinrich Wolff, der 10jährige Paul Schaplewski und der 10jährige Gerhard Paz auf dem Hofe des Grundstückes Adersstraße 38 in Spandau mit einem Sprengkörper. Während explodierte derselbe und sämtliche vier Knaben trugen Verletzungen davon. Bei Schaplewski und Paz waren sie so schwer, daß beide nach dem städtischen Krankenhaus in Spandau gebracht werden mußten. Ueber die Herkunft des Sprengkörpers konnte noch nichts ermittelt werden.

Brand in Siemensstadt. Sonntag morgen gegen 8 Uhr brach in einem Hügel des Elektromotorenwerkes der Siemens-Schubert-Werke ein Dachstuhlbrand aus. Die herbeigeeilten Feuerwehren der Siemens-Werke und der Stadt Spandau konnten in kurzer Zeit das Feuer auf seinen Fortschreiten beschränken und in etwa einer Stunde abblühen.

Der Frauenkopf im Postpaket. Cines unheimlichen Schreckmittels erlitt sich ein Verbrecher, um einen von ihm verübten Einbruch zu vertuschen und die Witwensfrau zum Schweigen zu zwingen. Eine Frau B., die in der Stalauer Straße wohnt, erhielt vor einigen Tagen durch die Post ein Paket zugestellt. Sie öffnete es sorglos. Gleich zu oberst lag ein Zettel. Darauf stand, daß es mit ihrem Kopf ebenso gehen werde, wie mit dem Inhalt des Paketes, falls sie sich unterlegen würde, der Polizei irgendeine Angabe über den Einbruch zu machen, der zu ihrem Kenntnis gekommen sei. Die Frau mußte nicht, was sie sich dabei denken sollte, und wickelte nun den Inhalt des Paketes auf. Da sah sie einen Frauenkopf in der Umhüllung, dessen Schädel zertrümmert und dessen Gesicht und Haar mit Blut besudelt war. Die Frau fiel bei dem Anblick in Schreierampe. Die Polizei, die gerufen wurde, sah sich den in Papier und Lappen eingewickelten Kopf näher an und stellte fest, daß es sich nicht um ein Verbrechen handelte, daß man es vielmehr mit einem Wachsopf, wahrscheinlich aus einem Hirschkopfe, zu tun hatte. Dieser künstliche Kopf ist vermutlich irgendwo gestohlen worden. Der Verbrecher hat dessen Schädeldecke zertrümmert und mit Blut und auch mit roter Tinte angefüllt. Den Zusammenhang konnte die Kriminalpolizei noch nicht aufklären. Frau B. hat durch den Anblick eine so schwere Nervenerschütterung erlitten, daß sie noch jetzt vernehmungsunfähig ist. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Einbruch, bei dem einer ihrer früheren Mieter seine Hand im Spiele hat.

Der Streik der Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“
Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“ in Berlin sind seit dem 1. März 1922 im Streik. Die Forderungen sind: 1. Erhöhung der Löhne um 10%, 2. Einführung der 8-Stunden-Arbeit, 3. Einführung der 14-Tage-Ferien, 4. Einführung der Altersrenten, 5. Einführung der Unfallversicherung, 6. Einführung der Krankenversicherung, 7. Einführung der Altersversicherung, 8. Einführung der Familienversicherung, 9. Einführung der Altersversicherung, 10. Einführung der Familienversicherung. Der Streik ist durch die Unzufriedenheit über die Vorlage des Magistrats entstanden.

Belegschaft Weidling. Der nächste Vortrag „Die Jugendverhältnisse“ für Jugendlicher und Helferinnen und alle, die Interesse für die Jugendverhältnisse haben, findet am Dienstag, den 14. d. Mts., abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamtes, Schönholzstraße 1, 5. Stad. Post.

Gewerkschaftliches

Ein Wochen Müll unsicher.

Mit einer außerordentlichen Heftigkeit wird der Müllstreik geführt. Auf beiden Seiten zeigt sich große Zähigkeit. Die Direktion und der Aufsichtsrat der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer lassen sich von der Ansicht leiten, daß die Müllkäufer und Schmelzer nachgeben haben und als die Unterlegenen aus dem großen Kampf hervorgehen müssen. Nach wochenlangem Zögern in der Müllabfuhr hat sich die Direktion an die Technische Reichsanstalt gewandt, von der seit 8 Tagen der Mülltransport von den Erlen hewerkschaftlich wird.

In welcher Weise dies vor sich geht, läßt sich nun häufig beobachten. Früher wurden die Arbeiten bei einem Müllwagen von zwei Mann erledigt, die täglich 105 Mann abzuführen hatten. Die Technische Reichsanstalt stellt drei bis vier Mann an einen Wagen, um die Arbeiten ausführen zu lassen. Was diese drei Arbeiter an Kosten verursacht, dazu eine kleine Berechnung: Der Arbeiter erhält pro Arbeitsstunde 13,50 M. x 8 Stunden = 108.— M., außerdem Verpflegungsgeld 20.— M., mithin täglich 128.— M., oder 828.— Mark pro Woche. Eine Wagenbesetzung mit drei Arbeitern erfordert pro Woche einen Kostenaufwand von 2484.— Mark. Würde sich die Genossenschaft mit ihren Arbeitern verständigen, so würde ihr bei einer Wagenbesetzung von zwei Mann an Arbeitern entfallen für den Schmelzer 700.— M. und für den Arbeiter 700.— M., insgesamt 1400.— Mark pro Woche. Es würde dies für die Genossenschaft für jeden Mann eine Ersparnis von 1084.— Mark bedeuten. Dabei ist dann noch die Arbeitsleistung in Betracht zu ziehen, deren Wert um die Hälfte höher als außerordentlich gering zu veranschlagen ist. In Betracht der sechs stündigen drei Stunden täglich halten die Arbeiter es noch nicht über eine halbe Fahrt gebracht. Daraus läßt sich die Feststellung zu erwarten, daß die Müllabfuhrarbeiten außerordentlich anstrengend sind, und daß die Arbeiterverweigerung der Streikenden als durchaus gerecht erscheinen, die von der Genossenschaft im Bereiche zu den Aufwendungen für die Arbeiter bezahlt werden können.

Wenn die Direktion alles dies in Berechnung zieht, so dürfte ihr eine Verkündigung mit ihren alten und einverleibten Arbeitern nicht schwer fallen. Der Streik der Arbeiter, die streikenden Arbeiter und die hinter ihnen stehende Organisationskommissionen, darf als ein unmögliches Benehmen betrachtet werden und in der Konsequenz beschließen. Sowie die finanzielle Stärke des Deutschen Transportarbeiterverbandes bekannt ist, versteht es sich, daß er eine enorme Mittel, denn seine Haupt- und Ortschaften schließen mit einem Vermögen von annähernd 30 Millionen Mark ab. In Unterstützung für die Streikenden sind infolge des reichen Geldbestandes der Organisationskommissionen nicht zu befürchten. Die einzige Möglichkeit, diesen Kampf zu beenden, liegt in der Verzweiflung. Sollte die Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft einer solchen Zwangsmaßnahme zustimmen, so dürfte sie dem Streikenden ein solches Verlangen nicht erwidern, und sie zu verbündeten nicht absegnen. Das Wie und Woher steht alles in den Händen der Direktion, die nun den entscheidenden Weg zu wählen hat.

Der Streik der Mahlschmüger Groß-Berlin

Der Streik der Mahlschmüger Groß-Berlins wurde durch Vergleichsverhandlungen zwischen dem Verein Berliner Mahlschmügermeister und dem Zentralverband der Schmüger am 8. März beendet. Die offiziellsten Verhandlungen fanden am 7. März statt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen hatte die Mehrheit der Teilnehmer der Streikenden am 8. März zu entscheiden. Als Ergebnis erstattete der Bericht und führte aus, daß die Verhandlungen äußerst schwierig sich gestalteten und an der Frage der Ferienabrechnung zu scheitern drohten, da die Ferienabrechnungen nach den Vorschriften der Arbeiterverpflichtung werden sollten. Die Arbeiterverpflichtung als solches Anrecht folgende Vorschriften: Bis zum 1. März sollte der Abschluß der Schlichtungsabrechnung Groß-Berlin vom 17. Februar geltend haben, wonach eine Erhöhung der Wochenverdienstes um durchschnittlich 10% eintritt. Ab 1. April 1922 wird für alle Arbeiterarbeiten eine Erhöhung festgesetzt; die Anzahl der geleisteten Stunden wird mit dem jeweiligen Stundenlohn multipliziert. Der Stundenlohn beträgt 17 M. für neue Arbeiter und 15 M. für Reparaturen. Der Mindestwochenlohn wird auf 216 M. für männliche und 208 M. für weibliche Arbeiter festgesetzt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden für die Reparaturen werden 10 Prozent des Gesamtverdienstes als Zuschlagung bezahlt. Die Ferien sind wie bisher auf sieben Arbeitstage bei dreimonatlicher Karenzzeit bemessen. Der ab 1. April zu beginnende Ferienurlaub soll aus einem Haupturlaub mit einjähriger Wartezeit und einem Nebenurlaub, welcher monatlich kündbar ist, bestehen. Zur Erhaltung der Arbeitsleistung und der reaktionären Arbeitsleistung der Arbeiterverpflichtung soll eine Unterkommission ernannt werden. Keine Forderung der Arbeiterverpflichtung die Annahme der vorliegenden Vorschriften, da das Kampfbüro durch die Arbeiterverpflichtung der Arbeiter sich so verhalten hat, daß bei einer Fortführung des Streiks die Verluste größer sind als die zu erzielenden Vorteile. Die Unterkommission erobert eine große Mehrheit für die Annahme. Da die Arbeiterverpflichtung am gleichen Tage den Vorschlägen der Verhandlungskommission ebenfalls ihre Zustimmung erteilt, wurde die Arbeit auf der ganzen Linie am 8. März nach einem sechs-wöchentlichen, mühseligen Kampfe wieder aufgenommen.

Der Streik der Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“
Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“ in Berlin sind seit dem 1. März 1922 im Streik. Die Forderungen sind: 1. Erhöhung der Löhne um 10%, 2. Einführung der 8-Stunden-Arbeit, 3. Einführung der 14-Tage-Ferien, 4. Einführung der Altersrenten, 5. Einführung der Unfallversicherung, 6. Einführung der Krankenversicherung, 7. Einführung der Altersversicherung, 8. Einführung der Familienversicherung, 9. Einführung der Altersversicherung, 10. Einführung der Familienversicherung. Der Streik ist durch die Unzufriedenheit über die Vorlage des Magistrats entstanden.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“
Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“ in Berlin sind seit dem 1. März 1922 im Streik. Die Forderungen sind: 1. Erhöhung der Löhne um 10%, 2. Einführung der 8-Stunden-Arbeit, 3. Einführung der 14-Tage-Ferien, 4. Einführung der Altersrenten, 5. Einführung der Unfallversicherung, 6. Einführung der Krankenversicherung, 7. Einführung der Altersversicherung, 8. Einführung der Familienversicherung, 9. Einführung der Altersversicherung, 10. Einführung der Familienversicherung. Der Streik ist durch die Unzufriedenheit über die Vorlage des Magistrats entstanden.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“
Die Arbeiter der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“ in Berlin sind seit dem 1. März 1922 im Streik. Die Forderungen sind: 1. Erhöhung der Löhne um 10%, 2. Einführung der 8-Stunden-Arbeit, 3. Einführung der 14-Tage-Ferien, 4. Einführung der Altersrenten, 5. Einführung der Unfallversicherung, 6. Einführung der Krankenversicherung, 7. Einführung der Altersversicherung, 8. Einführung der Familienversicherung, 9. Einführung der Altersversicherung, 10. Einführung der Familienversicherung. Der Streik ist durch die Unzufriedenheit über die Vorlage des Magistrats entstanden.

Ein Archiv für Betriebsräte

Man kann sehr oft die Beobachtung machen, daß die Betriebsräte in den Betrieben als Betriebsräte, Arbeiter- oder Anwaltsräte fungieren, über gewisse wirtschaftliche Angelegenheiten oder arbeitsrechtliche Verhältnisse nicht genügend informiert sind. Bisher stand eine Einrichtung, die über jedes den Betriebsrat interessierende Verzeichnis sofort Auskunft vermitteln, noch nicht in vollem Umfange zur Verfügung. Das Archiv der Arbeiterverpflichtung ist nunmehr in seinem Aufbau weit abgeklärt, daß es jedem Betriebsrat volles Material an Hand geben kann. Das Archiv ist in der Lage, über alle wichtigen wirtschaftlichen Vorgänge, speziell innerhalb des Wirt-

schäftsbereiches Groß-Berlin, ferner über sozialistische, arbeitsrechtliche und Betriebsräte, sowie über Ereignisse innerhalb der Arbeiterverpflichtung Auskunft zu erteilen.

Den Betriebsräten steht aber nicht nur die Materialsammlung zur Verfügung, sondern sie können auch mündliche Auskünfte beim Archiv einholen, bzw. sich in wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten beraten lassen. Die Betriebsräte sollten sich die Gelegenheit, ihr Wissen durch diese Einrichtung zu erweitern, nicht entgehen lassen.

Das Archiv befindet sich in den Räumen der Arbeiterverpflichtung, Betriebsrätezentrale, Berlin SO 16, Engelkestr. 24-25, 2. Hof 1. Stock, und ist geöffnet: täglich von 10—3 Uhr, außer dem Montag und Freitag von 2—7 Uhr.

Diffidat der Gewerkschaftsbürokratie!

Wir werden von einem Mitglied der Tarifkommission des städtischen Lohnartikels um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten:

Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Nr. 115 unter obiger Überschrift ihre Bemerkungen zu dem Bericht des städtischen Gewerkschaftsverbandes über den Schiedsgericht der Gewerkschaften anlässlich ihrer letzten Lohnvertrags.

Mein Redaktionskollege wundert sich, der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, daß die am Lohnvertrags beteiligten Gewerkschaften nur die Annahme des Schiedsgerichtes eine Urteilsfindung vorzuziehen, während die aus dem städtischen Gewerkschaftsverbande Tarifkommission ernannten diesem Schiedsgericht für letztere Bestimmungen eintritt; nur zwei Mitglieder der Tarifkommission stimmten im arbeitsrechtlichen Sinne. Daran mögen die kommunistischen Mitglieder der Tarifkommission, welche aus reinlicher Erwägung und aus guten Gründen gegen die Urteilsfindung Stellung nahmen, erkennen, wie leicht sie von ihrem eigenen Parteiorgan zu Gewerkschaftskantraken degradiert werden können.

Streikarbeiter. Die Arbeiter und Kolleginnen, welche am 31. 12. 1921 von der Maschinenfabrik „Friedrichshagen“ entlassen wurden und bis zum 1. Februar weder mündlich, noch schriftlich in Arbeit genommen sind, sollen sich bis zum 20. d. Mts. im Nachweis des Verbandes melden.

Deutscher Arbeiterverband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Liebes- und Bureau von Montag den 13.—15. März geschlossen bleibt. Dasselbe befindet sich dann im linken Seitenflur, Aufgang C, 4. Treppen.

Spezialbewegung der Brauerarbeiter Berlins. Die Brauerarbeiter Berlins haben in einer am Freitag einberufenen Funktorenversammlung zu dem von den Arbeitgebern gemachten Zusatzenstellen Stellung genommen. Bisher bestanden Wochenlöhne von 585 M. für Gelehrte, 580 M. für Rohrpersonal und für ungelernete 575 M. Nachdem die Arbeitgeber zuerst ein niedrigeres Angebot gemacht hatten, wurden nach einer erneuten Verhandlung 710 M. für Gelehrte, 705 M. für Rohrpersonal und 700 M. für ungelernete schoten, daneben eine Erhöhung der Gehälter für Lehrknechte, Erhöhung des Monatslohnes von 4 M. auf 7 M. in Tag und Erhöhung der Preise aus 8 016 M. Die Lohnverhöhung ist ab 1. März 1922 geltend zu machen. Die oben genannten Wochenlöhne entsprechen Stundenlöhnen von 15,27, 15,16 und 15,05 M. Von verschiedenen Rednern war das Angebot als zu niedrig bezeichnet. Bei der Abstimmung wurden die Zusatzenstellen gegen ungefähr 10 Stimmen angenommen.

Autosher. Am Freitag fanden zwei Versammlungen in den Fernhellen Kommandantenstraße 30 für Engpassverträge um 6 Uhr und für Detailbetriebe um 8 Uhr statt, in welcher Gertrud Hanna über die wirtschaftliche Lage aller Arbeitnehmer in der Fuhrbranche sprechen wird. Tarife sind auf unserem Bureau unter Vertretung des Mittelstandes erhältlich. Deutscher Arbeiterverband.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die Mitglieder werden aufgefordert, zu dem am 18. März stattfindenden Delegiertenkongress zum Gewerkschaftskongress bei der Organisation einzuwirken. Bis spätestens Montag den 20. März, abends 7 Uhr, ersuchen wir die Mitglieder um Vorkläre der Delegierten zum Kongress. Helfer machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß ein mögliches Mittelungsblatt betr. Abstimmung am 18. März am Mittwoch abend den 15. März nach Feierabend in den Poststellen, sowie auf dem Ortsbureau abzugeben ist. Die Verlebenskarte ersuchen wir für die Abholung und Verbreitung des Mittelungsblattes Sorge zu tragen. Die Ortsverwaltung.

Verwaltung. In Nr. 2 der „Arbeit“ wird ein unorthodoxer Artikel eines angeblich in Penzance angestellten Geschäftsführers unserer Krankenkasse namens Buscher abgedruckt. Wir stellen richtig, daß weder Krankenkasse noch Verband mehr in Penzance noch anderswo einen Geschäftsführer namens Buscher beschäftigen. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.

Verbandsrat der Arbeiter. Sämtliche Funktionäre der Arbeiterverpflichtung Metall versammeln sich morgen Dienstag 7 Uhr in Oberlandstraße 11, Neue Friedrichstr. 25. Außerordentliche wichtige Tagesordnung.

Parteiveranstaltungen

Am 10. März, Sonntag, Berlin SO 14, abends 7 1/2 Uhr. Thema: Sozialismus, die Arbeiterverpflichtung.

Am 11. März, Montag, Berlin SO 14, abends 7 1/2 Uhr. Thema: Die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung.

Am 12. März, Dienstag, Berlin SO 14, abends 7 1/2 Uhr. Thema: Die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung.

Wittwoch, den 15. März

11. März, Donnerstag, Berlin SO 14, abends 7 1/2 Uhr. Thema: Die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung.

12. März, Freitag, Berlin SO 14, abends 7 1/2 Uhr. Thema: Die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung.

Verbandskalender

Dienstag, den 14. März
Nach der Zeit der Arbeiterverpflichtung und Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung, die Arbeiterverpflichtung.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Gensel, Berlin; für den Verlags- und geschäftlichen Teil: Hermann Gensel, Berlin. — Druck: Max Kober, Berlin SO 16, Kreuzbergstraße 111. Verlagspreis: 1,00 M. pro Stück.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! **Achtung!**

Eisendreher

Am Dienstag, den 14. März 1922, abends 7 Uhr im Verbandshaus Linienstraße, Zimmer 10

Kommissionsitzung.

Die Ortsverwaltung.